

**Gespaltene Reaktionen auf den Nahost-Konflikt**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 273 vom 23. November 2023

## INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung Nr. 273 vom 23. November 2023, S. 8,  
unter dem Titel:

"Nicht an Israels Seite. Was denken die Deutschen über  
den Krieg gegen die Hamas?"

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A 1	Große Besorgnis
	A 2	Ambivalente Haltung zu Israels Reaktion auf den Angriff der Hamas
	A 3	2006: eindeutigere Haltung zu Israels Angriff im damaligen Libanon-Konflikt
	A 4	Unterschiede 2006 und 2023
	A 5	Verdient Israel unsere besondere Unterstützung?
	A 6	Trennlinien
	A 7	Kein Votum für militärische Unterstützung...
	A 8	... wie schon 2006
	A 9	Antisemitismus: unterschiedliche Sensibilisierung in Ost und West
	A 10	Einigkeit in Ost und West: Zuwanderung von Muslimen verstärkt Antisemitismus
	A 11	Gespaltene Reaktionen auf antiisraelische Demonstrationen
B 1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)	
Schaubild	1	Große Beunruhigung
	2	Weniger Kritik als während des Libanon-Konfliktes
	3	Besondere Verantwortung für das Schicksal Israels
	4	Unterstützung primär für humanitäre und diplomatische Maßnahmen
	5	Wachsende Besorgnis über antisemitische Tendenzen
	6	Folgen der Zuwanderung

**Originalmanuskript**

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Gespaltene Reaktionen auf den Nahost-Konflikt**

Der Krieg im Nahen Osten beunruhigt die große Mehrheit der Bevölkerung außerordentlich. 76 Prozent sind über die Situation besorgt, überdurchschnittlich die politisch interessierten Bevölkerungskreise. Gleichzeitig gibt es jedoch keinen Konsens bei der Bewertung des Konflikts und der Reaktion Israels auf den barbarischen Angriff der Hamas. Zwar ist vielen bewusst, dass Israel ein Land ist, das stete Bedrohung und damit auch ein permanenter Ausnahmezustand prägen. Die Ereignisse vom 7. Oktober haben diese Bedrohungslage auf grausame Weise ins Gedächtnis gerufen. Trotzdem gibt es nur begrenzt Unterstützung für Israels Reaktion. Die Bevölkerung ist in dieser Frage völlig gespalten: 35 Prozent sehen es als das Recht Israels, in den Gaza-Streifen einzumarschieren und hart gegen die Hamas vorzugehen, um die Sicherheit des eigenen Landes wiederherzustellen. 38 Prozent votieren dagegen für ein zurückhaltendes Vorgehen, um Opfer unter der palästinensischen Bevölkerung

Schaubild 1

Tabelle A 1

Schaubild 2

Tabelle A 2

zu vermeiden wie auch eine wachsende Unterstützung für die Hamas; diese Position wird überdurchschnittlich von Frauen und der ostdeutschen Bevölkerung vertreten: 37 Prozent der Westdeutschen, 45 Prozent der Ostdeutschen votieren für ein militärisch zurückhaltendes Vorgehen Israels.

Tabelle A 2

Die Reaktion der Bevölkerung ist damit wesentlich ambivalenter als die öffentliche Diskussion. 2006, als Israel im Kampf gegen die Hisbollah in den Libanon einmarschierte, war das Verständnis in der Bevölkerung allerdings noch wesentlich geringer als heute. Damals hielten nur 21 Prozent Israels Reaktion auf die wiederholten Raketenangriffe durch die Hisbollah für richtig, während 53 Prozent die Meinung vertraten, Israel hätte auf keinen Fall angreifen dürfen und würde mit seinem Vorgehen nur die Risiken vergrößern.

Tabelle A 3

Zu diesem Zeitpunkt war die Haltung gegenüber Israel generell kritischer. Zwar war auch damals der Mehrheit der Bevölkerung die Bedrohungslage des Landes bewusst. Gleichzeitig kritisierte jedoch jeder Zweite, Israel habe zu wenig Verständnis für seine arabischen Nachbarn und hielte zu Unrecht Gebiete besetzt. Knapp jeder Dritte unterstellte Israel sogar, dass es überhaupt keinen Frieden wolle. Dieser Vorwurf wird heute noch von 17 Prozent erhoben, gegenüber 31 Prozent zur Zeit des Libanon-Konflikts. Die Kritik, Israel habe zu wenig Verständnis für seine arabischen

Tabelle A 4

Schaubild 2

Nachbarn, ist von 50 auf 37 Prozent zurückgegangen, der Vorwurf, Israel halte zu Unrecht Gebiete besetzt, von 48 auf 38 Prozent. 44 Prozent kritisieren jedoch, Israel bemühe sich zu wenig, die Situation der Palästinenser zu verbessern, ein Vorwurf, der überdurchschnittlich von den politisch interessierten Bevölkerungskreisen erhoben wird.

Tabelle A 4

Schaubild 2

Tabelle A 4

Während insgesamt die Kritik an Israels Politik seit dem Libanon-Konflikt zurückgegangen ist, hat sich gegenläufig die Überzeugung verstärkt, dass Israel unsere besondere Unterstützung verdient. 2006 vertraten nur 22 Prozent diese Position, heute 32 Prozent – ein signifikanter Anstieg, aber gleichzeitig auch heute ein bemerkenswert geringer Anteil. Die große Mehrheit war zwar immer überzeugt, dass Deutschlands Beziehung zu Israel eine besondere ist und sein muss; nur eine Minderheit leitet daraus jedoch eine besondere Verantwortung für das Schicksal Israels ab: 34 Prozent sehen eine solche Verantwortung. Das sind zwar mehr als 2006; aber insgesamt bewegt sich dieser Anteil schon seit mehr als 30 Jahren nur in der engen Bandbreite zwischen 28 und 35 Prozent.

Tabelle A 4

Schaubild 3

Damit spricht wenig für die oft zu hörende These, dass die Haltung zu Israel und die Akzeptanz einer besonderen Verantwortung Deutschlands durch die stetig wachsende zeitliche Distanz zur Ära des

Nationalsozialismus und des Holocaust beeinträchtigt wird und fast zwangsläufig erodiert. Untersuchungen des Allensbacher Instituts aus den 50er Jahren zur Bewertung des Nationalsozialismus und zu antisemitischen Positionen zeigen auch, dass sie in dieser unmittelbaren zeitlichen Nähe noch relativ verbreitet waren und sich erst sukzessive durch die Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit änderten. Würde die zunehmende zeitliche Distanz die Einstellungen prägen, müssten sich auch die Generationen bei diesen Fragen signifikant unterscheiden. Das ist jedoch nicht der Fall. Von den 60-Jährigen und Älteren sehen 33 Prozent in Israel ein Land, das unsere besondere Unterstützung verdient, von den unter 30-Jährigen 34 Prozent. Überdurchschnittlich vertreten die höheren sozialen Schichten und politisch interessierten Bevölkerungskreise diese Position, unterdurchschnittlich die ostdeutsche Bevölkerung und vor allen Dingen diejenigen, die der aktuelle Krieg weitgehend kalt lässt. 35 Prozent der Westdeutschen, 21 Prozent der Ostdeutschen sehen eine besondere Verantwortung Deutschlands für das Schicksal Israels.

Tabelle A 5

Diese Grundhaltung prägt auch die Reaktion auf die Stellungnahme von Bundeskanzler Scholz, dass es in der aktuellen Lage für Deutschland nur einen Platz geben könne, den an der Seite Israels. 31 Prozent der Bevölkerung stimmen hier zu, 43 Prozent votieren dafür, sich

Tabelle A 6



aus diesem Konflikt weitgehend herauszuhalten. Die Trennlinie verläuft hier klar zwischen denjenigen, die Deutschland eine besondere Verantwortung für das Schicksal Israels zuschreiben und denen, die hier widersprechen. Überdurchschnittlich unterstützen die höheren sozialen Schichten das Votum des Bundeskanzlers, unterdurchschnittlich die ostdeutsche Bevölkerung und politisch Desinteressierte. Nur 18 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung sehen Deutschlands Platz in der aktuellen Situation an der Seite Israels, 58 Prozent wünschen sich dagegen weitgehende Neutralität. Auch die Anhänger der verschiedenen Parteien reagieren teilweise unterschiedlich. Überdurchschnittlich stimmen die Anhänger der Grünen der Aussage des Bundeskanzlers zu, weitaus weniger die Anhänger der Linken und der AfD, die mehrheitlich fordern, sich aus diesem Konflikt ganz herauszuhalten. Nur 17 Prozent der Anhänger der Linken, 15 Prozent der AfD-Anhänger fordern Solidarität mit Israel ein.

Tabelle A 6

Die Wunschvorstellungen von der deutschen Reaktion und Rolle konzentrieren sich auf humanitäre Unterstützung und diplomatische Bemühungen. Zwei Drittel der Bevölkerung unterstützen Hilfslieferungen wie Medikamente und medizinische Ausrüstung, 57 Prozent das Angebot einer Vermittlerrolle zwischen den Kriegsparteien. Doch schon wenn es darum geht, Solidarität mit Israel auch

Schaubild 4

nur zu bekunden, setzt sich die Neigung durch, möglichst nicht Partei zu ergreifen und sich aus dem Konflikt herauszuhalten; nur 41 Prozent befürworteten Solidaritätsbekundungen. Noch weniger Rückhalt finden Forderungen, Entwicklungshilfezahlungen an Palästinenser zu stoppen; 24 Prozent hielten dies für richtig. Am wenigsten Unterstützung findet jegliche Art von militärischer Hilfe, ob Munitions- oder Waffenlieferungen: nur 9 Prozent votieren für die Lieferung von Munition, 8 Prozent für Waffenlieferungen. Eine Unterstützung durch die Bundeswehr unterstützen gerade einmal drei Prozent.

Selbst von denjenigen, die eine besondere Verantwortung Deutschlands für Israels Schicksal sehen, befürwortet die große Mehrheit neben humanitären Hilfen und diplomatischen Bemühungen zwar auch unterschiedene Solidaritätsbekundungen, aber keine direkte militärische Unterstützung. Ähnlich fielen die Reaktionen 2006 auf den Libanon-Krieg aus: Die Mehrheit votierte ausschließlich für diplomatische Bemühungen, 31 Prozent für völlige Neutralität; die Beteiligung an der Friedenstruppe der UN hielten nur 13 Prozent für richtig. Die Beteiligung durch die deutsche Marine fand jedoch in der Bevölkerung letztlich keine große Beachtung und wurde auch nie zum kontroversen Thema.

Schaubild 7

Tabelle A 8

Wenn die Bevölkerung keine akute Bedrohung für das eigene Land fürchtet, ist es immer schwer, Unterstützung für militärische Hilfen zu finden, wie auch die Haltung der Mehrheit zu Auslandseinsätzen während der letzten Jahrzehnte belegt. Keiner davon hatte den Rückhalt der Mehrheit der Bevölkerung. Gleichzeitig toleriert die Mehrheit im Allgemeinen solche Einsätze, auch gegen ihre Überzeugungen. Sicherheitspolitische Fragen lassen sich nicht durch Plebiszite entscheiden, sondern liegen in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger.

Nicht nur die Reaktion auf das Vorgehen Israels spaltet die Bevölkerung, sondern auch die antiisraelischen Demonstrationen in Deutschland. Zwar beunruhigen diese Vorkommnisse die Bürger zunehmend. Sie stellen eine Verbindung zu antisemitischen Strömungen her, die die Mehrheit bis vor Kurzem quantitativ für vernachlässigbar hielt. Vor rund fünf Jahren hielt nur jeder Fünfte Antisemitismus in Deutschland für ein großes Problem. Diese Einschätzung hat sich völlig verändert: Mittlerweile sehen 45 Prozent der Bevölkerung Antisemitismus als großes Problem an, nur noch jeder Dritte ist überzeugt, dass es sich um Ausnahmefälle handelt. Politisch Interessierte schätzen das Problem überdurchschnittlich als gravierend ein; auch hier treten deutliche Unterschiede zwischen Ost und West auf: In Westdeutschland hält knapp die Hälfte der Bevölkerung Antisemitismus für

Schaubild 5

Tabelle A 9

ein großes Problem, in Ostdeutschland nur gut jeder Dritte.

Einigkeit besteht zwischen Ost und West, dass es durch die Zuwanderung von Muslimen häufiger zu antisemitischen Vorfällen kommt. 74 Prozent der Bevölkerung sind davon überzeugt. Auch die antiisraelischen Demonstrationen machen deutlich, dass sich die Spannungen zwischen muslimisch geprägten Staaten und Israel verstärkt auch in Deutschland entladen.

Tabelle A 10

Schaubild 6

Die Bevölkerung ist jedoch völlig gespalten, wie mit solchen Demonstrationen umgegangen werden sollte. 44 Prozent votieren dafür, Demonstrationen zu unterbinden, die den brutalen Angriff der Hamas feiern und gegen Israel hetzen. 41 Prozent halten dagegen die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit für das höhere Gut und argumentieren, dass auch schwer erträgliche Meinungsäußerungen und Demonstrationen zugelassen werden müssen, solange keine Straftatbestände vorliegen. Diese Position wird überdurchschnittlich von der jüngeren Generation, von der ostdeutschen Bevölkerung und den Anhängern der Linken vertreten, spaltet aber letztlich die Anhänger der verschiedenen Parteien genau so wie die Generationen. Eine freie Gesellschaft tut sich generell schwer, Grenzen zu definieren, was sie zulassen und was sie unterbinden will. Um so wichtiger ist die gesellschaftliche Debatte über diese Fragen.

Tabelle A 11

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1047
Befragungszeitraum:	3.11. bis 16.11.2023
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Persönlich-mündliche Interviews (face-to-face)

## **Anhangtabellen**

Große Besorgnis

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Nach dem Angriff der Hamas auf Israel herrscht wieder Krieg im Nahen Osten. Wie sehr beunruhigt Sie diese Situation? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt		Politisch Interessierte
	%		%
„sehr stark“ .....	30	} 76	40
„stark“ .....	46		42
„weniger stark“ .....	18		14
„gar nicht stark“ .....	3		3
Unentschieden .....	$\frac{3}{100}$		$\frac{1}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12078, November 2023

Ambivalente Haltung zu Israels Reaktion auf den Angriff der Hamas

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei über die Reaktion Israels auf den Angriff der Hamas. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"  
(Bildblattvorlage)

	Bevölkerung			
	insgesamt	West	Ost	Frauen
	%	%	%	%
„Ich finde, Israel hat das Recht, hart und entschieden gegen die Hamas vorzugehen und Truppen in den Gaza-Streifen zu schicken. Israel ist von der Hamas angegriffen worden und muss sich nun verteidigen, um die Sicherheit des eigenen Landes zu gewährleisten.“ .....	35	37	25	29
„Das sehe ich anders. Natürlich ist Israel angegriffen worden. Aber ein hartes militärisches Vorgehen gegen die Hamas und den Gaza-Streifen sorgt nur dafür, dass viele unbeteiligte Palästinenser sterben und sich mehr Menschen der Hamas anschließen. Israel sollte sich beim militärischen Vorgehen gegen die Hamas zurückhalten.“ .....	38	37	45	41
Unentschieden .....	<u>27</u>	<u>26</u>	<u>30</u>	<u>30</u>
	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12078, November 2023



2006: eindeutigere Haltung zu Israels Angriff  
im damaligen Libanon-Konflikt

**Tabelle A 3**  
Bundesrepublik Deutschland  
Personen, die Berichte über den Krieg  
zwischen Israel und dem Libanon  
verfolgt haben

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei über die Vorgehensweise Israels im Libanon-Konflikt. Welche(r) von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)

2006	Insgesamt
	%
„Ich finde das Vorgehen Israels im Libanon-Konflikt richtig. Israel ist von der Hisbollah immer wieder mit Raketen beschossen worden. Deswegen musste Israel entschieden gegen die Hisbollah vorgehen, um die Sicherheit des eigenen Landes zu schützen.“ .....	21
„Das sehe ich anders. Israel hätte den Libanon niemals angreifen dürfen, auch wenn es von der Hisbollah bedroht wird. Der Angriff wird nur dazu führen, dass die Hisbollah noch mehr Anhänger gewinnt und die Lage für Israel immer gefährlicher wird.“ .....	53
Unentschieden .....	$\frac{26}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7093

Unterschiede 2006 und 2023

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf der Liste steht einiges, was man über den Staat Israel hören kann. Bei welchen Punkten würden Sie sagen: ‚Das stimmt, das sehe ich auch so?‘"

	Bevölkerung insgesamt		Politisch Interessierte
	2006	2023	2023
	%	%	%
„Ein Land, dessen Verhalten durch ständige Bedrohung von außen geprägt wird.“ .....	51	49	56
„Bemüht sich zu wenig darum, die Situation der Palästinenser zu verbessern“ .....	-	44	52
„Israel hält zu Unrecht Gebiete besetzt, die ihm nicht zustehen“ .....	48	38	48
„Israel zeigt zu wenig Verständnis für seine arabischen Nachbarn“ .....	50	37	44
„Der Staat Israel verdient unsere besondere Unterstützung“ .....	22	32	39
„Ein Land, das einfach keinen Frieden finden will“ .....	31	17	15

Auszug aus den Vorgaben

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7093, 12078

Verdient Israel unsere besondere Unterstützung?

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf der Liste steht einiges, was man über den Staat Israel hören kann. Bei welchen Punkten würden Sie sagen: „Das stimmt, das sehe ich auch so?“

„Der Staat Israel verdient unsere besondere Unterstützung“

%

Bevölkerung insgesamt.....	32
Westdeutschland.....	35
Ostdeutschland .....	21

Altersgruppen

unter-30-Jährige.....	34
über 60-Jährige .....	33

Sozioökonomischer Status

hoch .....	45
------------	----

Schulbildung

höhere Schule .....	35
---------------------	----

<u>Politisch Interessierte</u> .....	39
--------------------------------------	----

Kaum, gar keine Beunruhigung

<u>über den Nahost-Krieg</u> .....	19
------------------------------------	----

TrennlinienTabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Von Bundeskanzler Scholz stammt die Aussage: ‚In diesem Moment gibt es für Deutschland nur einen Platz: den Platz an der Seite Israels.‘ Sehen Sie es auch so, dass Deutschland in diesem Konflikt an der Seite Israels stehen sollte, oder sollte sich Deutschland aus diesem Konflikt weitgehend heraushalten?“

	An der Seite Israels %	Sollte sich heraushalten %	Unentschieden %	Summe %
Bevölk. insg.	31	43	26	100
Westdeutschland	34	40	26	100
Ostdeutschland	18	58	24	100
<u>Sozioökonomischer Status</u>				
hoch	43	30	27	100
mittel	27	47	26	100
niedrig	30	46	24	100
<u>Besondere Verantwortung Deutschlands für Israel</u>				
ja	71	14	16	100
nein	10	71	20	100
<u>Politisch Interessierte</u>	38	41	21	100
<u>Politisch Desinteressierte</u>	26	44	30	100
<u>Parteianhänger</u>				
Bündnis 90/Grüne	43	27	29	100
SPD	37	36	27	100
CDU/CSU	33	33	26	100
FDP	33	34	33	100
Die Linke	17	55	28	100
AfD	15	74	11	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12078, November 2023

Kein Votum für militärische Unterstützung ...

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, wie Deutschland Israel in dieser Situation unterstützen kann. Was von dieser Liste würden Sie befürworten?"

	Bevölkerung insgesamt	Personen, die eine besondere Verantwortung Deutschlands für Israel sehen
	%	%
Auszug aus den Vorgaben		
Medikamente und medizinische Ausrüstung nach Israel liefern	67	83
Sich als Vermittler zwischen den Konfliktparteien anbieten	57	72
Öffentlich seine Solidarität mit Israel erklären	41	74
Die israelische Armee mit Munition unterstützen	9	21
Waffen an Israel liefern	8	20
Soldaten der Bundeswehr nach Israel schicken	3	5

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12078, November 2023

... wie schon 2006

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie, wie sollte sich Deutschland in diesem Konflikt verhalten: Sollte es sich an einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen beteiligen, oder sollte Deutschland ausschließlich mithelfen, den Konflikt diplomatisch zu lösen, oder sollte es sich ganz heraushalten?"

	Bevölkerung insgesamt	
<table border="1"><tr><td>2006</td></tr></table>	2006	%
2006		
An Friedenstruppe beteiligen .....	13	
Mithelfen, diplomatisch zu lösen .....	51	
Ganz heraushalten.....	31	
Unentschieden .....	$\frac{5}{100}$	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7093

Antisemitismus: unterschiedliche  
Sensibilisierung in Ost und West

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie sagen: Ist Antisemitismus, also Judenfeindlichkeit, heute bei uns in Deutschland ein großes Problem, oder sind das aus Ihrer Sicht nur Ausnahmefälle?"

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost	Politisch Interessierte
	%	%	%	%
Großes Problem .....	45	47 .....	36	51
Ausnahmefälle .....	34	33 .....	38	31
Unentschieden .....	<u>21</u>	<u>20</u> .....	<u>26</u>	<u>18</u>
	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12078, November 2023

Einigkeit in Ost und West: Zuwanderung von Muslimen verstärkt Antisemitismus

Tabelle A 10  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass es durch die Zuwanderung von Muslimen nach Deutschland häufiger zu antisemitischen Vorfällen bzw. Anfeindungen kommt, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung		
	insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Glaube das.....	74	74.....	72
Glaube das nicht .....	13	13.....	13
Unentschieden .....	<u>13</u>	<u>13</u> .....	<u>15</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12078, November 2023



Gespaltene Reaktionen  
auf antiisraelische Demonstrationen

Tabelle A 11  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Als Folge des Angriffs auf Israel ist es in Deutschland wiederholt zu Demonstrationen und Kundgebungen gegen Israel gekommen. Darüber unterhalten sich hier zwei. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)

	Bevölkerung			
	insgesamt	Ost	unter-30- Jährige	Linke
	%	%	%	%
„Ich finde, wir dürfen solche Kundgebungen gegen Israel in Deutschland nicht zulassen. Niemand sollte das Recht haben, den brutalen Angriff der Hamas zu feiern und dabei gegen Israel zu hetzen. Solche Veranstaltungen sollten gar nicht erst erlaubt bzw. sofort unterbunden werden.“	44	37	37	20
„Das sehe ich anders. Natürlich sind solche Kundgebungen schwer zu ertragen. Aber wir sind ein Land, in dem Menschen das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Demonstrationen haben. Solange dort keine Straftaten begangen werden, müssen wir mit solchen Kundgebungen leben.“	41	47	48	49
Unentschieden	$\frac{15}{100}$	$\frac{16}{100}$	$\frac{15}{100}$	$\frac{31}{100}$

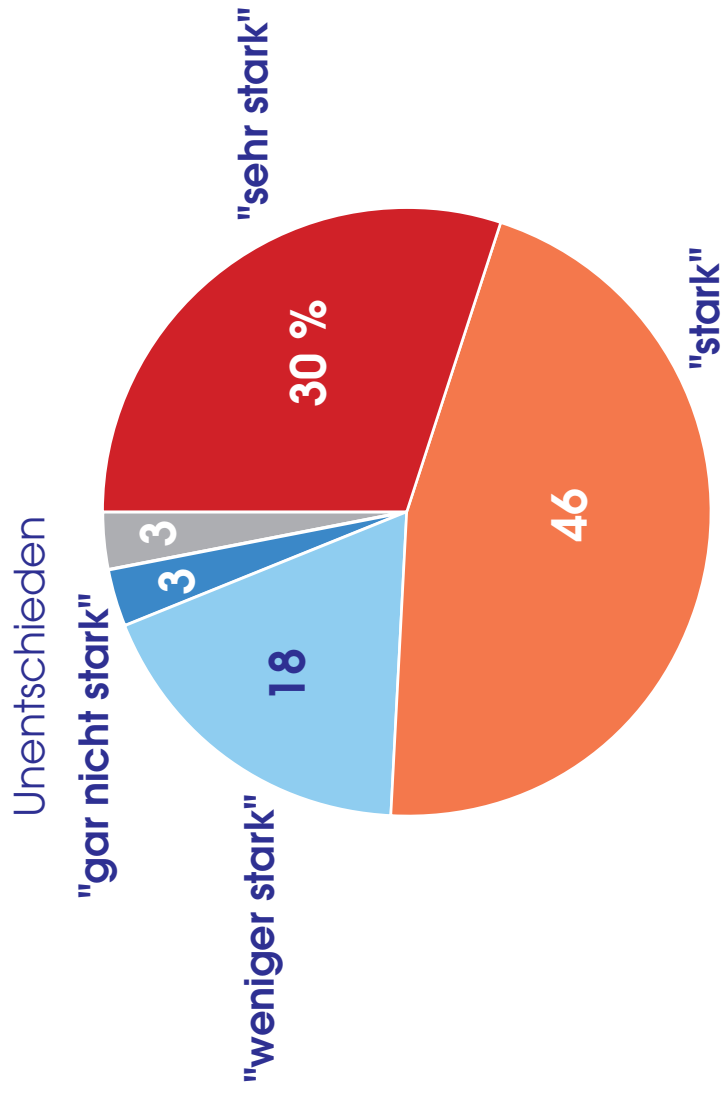
QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12078, November 2023

<b>Zweitstimmen</b>		Gesamtdeutschland							
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Freie Wähler %	Sons- tige %
2016:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>34,0</b>	<b>7,5</b>	<b>23,0</b>	<b>11,0</b>	<b>9,0</b>	<b>11,0</b>	-	<b>4,5</b>
2017:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>36,0</b>	<b>9,0</b>	<b>25,0</b>	<b>8,5</b>	<b>8,5</b>	<b>9,0</b>	-	<b>4,0</b>
2018:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>31,5</b>	<b>9,5</b>	<b>19,0</b>	<b>13,0</b>	<b>9,5</b>	<b>13,5</b>	-	<b>4,0</b>
2019:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>30,0</b>	<b>7,5</b>	<b>16,0</b>	<b>20,5</b>	<b>8,0</b>	<b>13,0</b>	-	<b>5,0</b>
2020:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>35,5</b>	<b>6,5</b>	<b>16,0</b>	<b>20,0</b>	<b>7,5</b>	<b>10,0</b>	-	<b>4,5</b>
2021:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>28,5</b>	<b>10,5</b>	<b>20,0</b>	<b>19,0</b>	<b>6,5</b>	<b>10,0</b>	-	<b>5,5</b>
Bundestagswahl 26.09.2021		24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	-	8,7
2022:	1. Halbjahr	26,0	10,0	25,5	17,5	5,0	9,5	-	6,5
	2. Halbjahr	29,5	7,0	20,5	19,5	5,0	13,0	-	5,5
	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>28,0</b>	<b>8,5</b>	<b>23,0</b>	<b>18,5</b>	<b>5,0</b>	<b>11,0</b>	-	<b>6,0</b>
2023:	5. - 18. Januar	31,0	6,0	21,0	17,0	4,5	14,0	-	6,5
	27. Jan. - 9. Februar	30,0	7,5	22,5	16,0	4,0	14,0	-	6,0
	2. - 15. März	31,0	6,5	21,0	16,0	4,5	15,0	-	6,0
	3. - 18. April	31,0	7,5	20,0	15,0	5,0	16,0	-	5,5
	28. April - 10. Mai	32,0	8,0	18,0	16,0	5,0	15,0	-	6,0
	9. - 22. Juni	31,0	8,0	19,0	15,0	4,0	17,0	-	6,0
	7. - 19. Juli	29,0	7,0	19,0	16,0	4,0	18,0	-	7,0
	4. - 16. August	29,0	7,0	19,0	14,0	5,0	19,0	-	7,0
	12. - 26. August	30,0	8,0	20,0	14,0	4,5	18,0	-	5,5
	4. - 15. September	30,0	7,0	18,0	14,0	5,0	19,0	-	7,0
	6. - 19. Oktober	34,0	5,0	17,0	13,0	3,0	19,0	4,0	5,0
	3. - 16. November	32,0	6,0	17,0	13,5	3,5	19,0	4,0	5,0

## **Schaubilder**

# Große Beunruhigung

Frage: "Zum Krieg im Nahen Osten: Nach dem Angriff der Hamas auf Israel herrscht wieder Krieg im Nahen Osten. Wie sehr beunruhigt Sie diese Situation? Würden Sie sagen..."

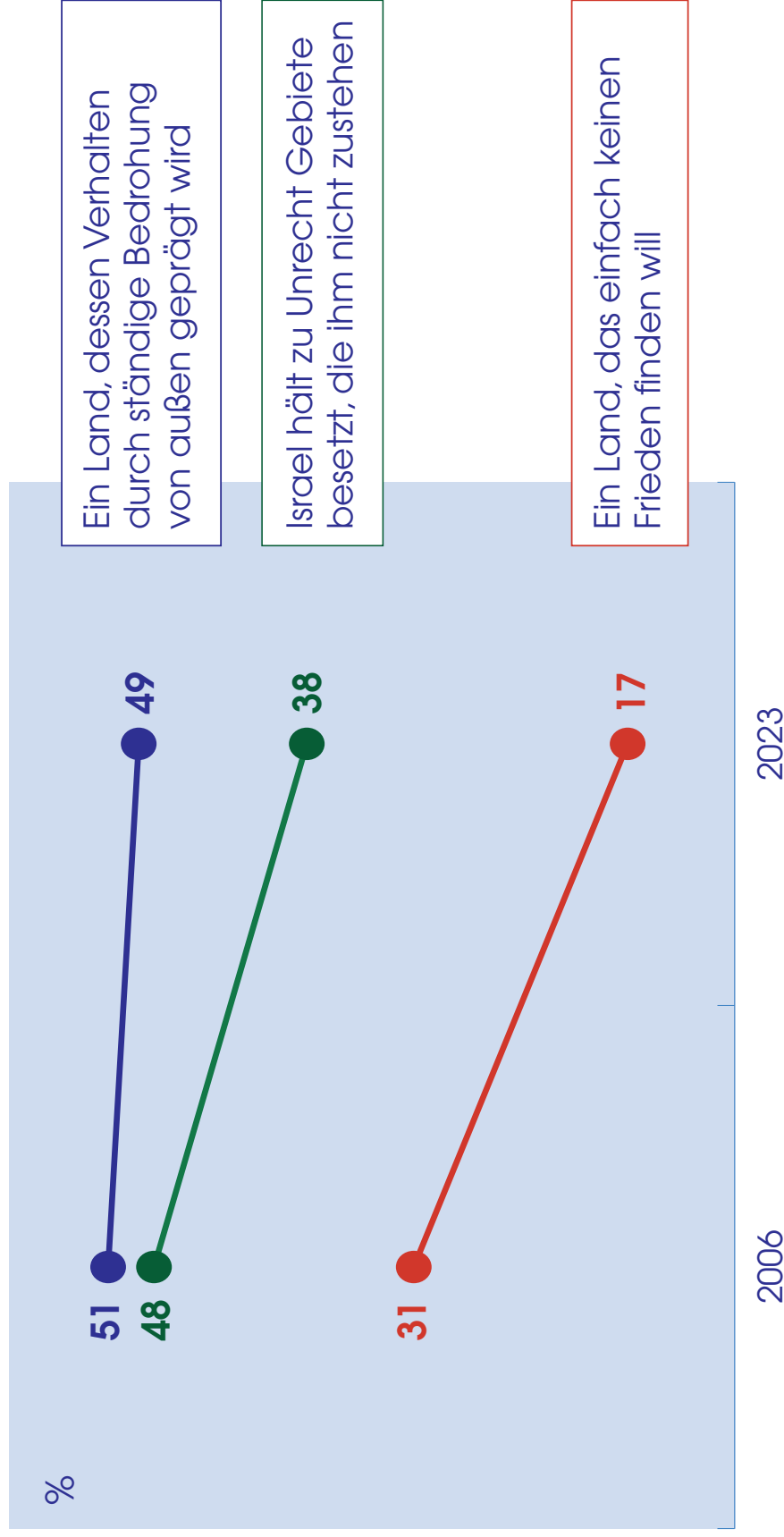


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12078

# Weniger Kritik als während des Libanon-Konfliktes

Frage: "Hier auf der Liste steht einiges, was man über den Staat Israel hören kann. Bei welchen Punkten würden Sie sagen: 'Das stimmt, das sehe ich auch so'?"

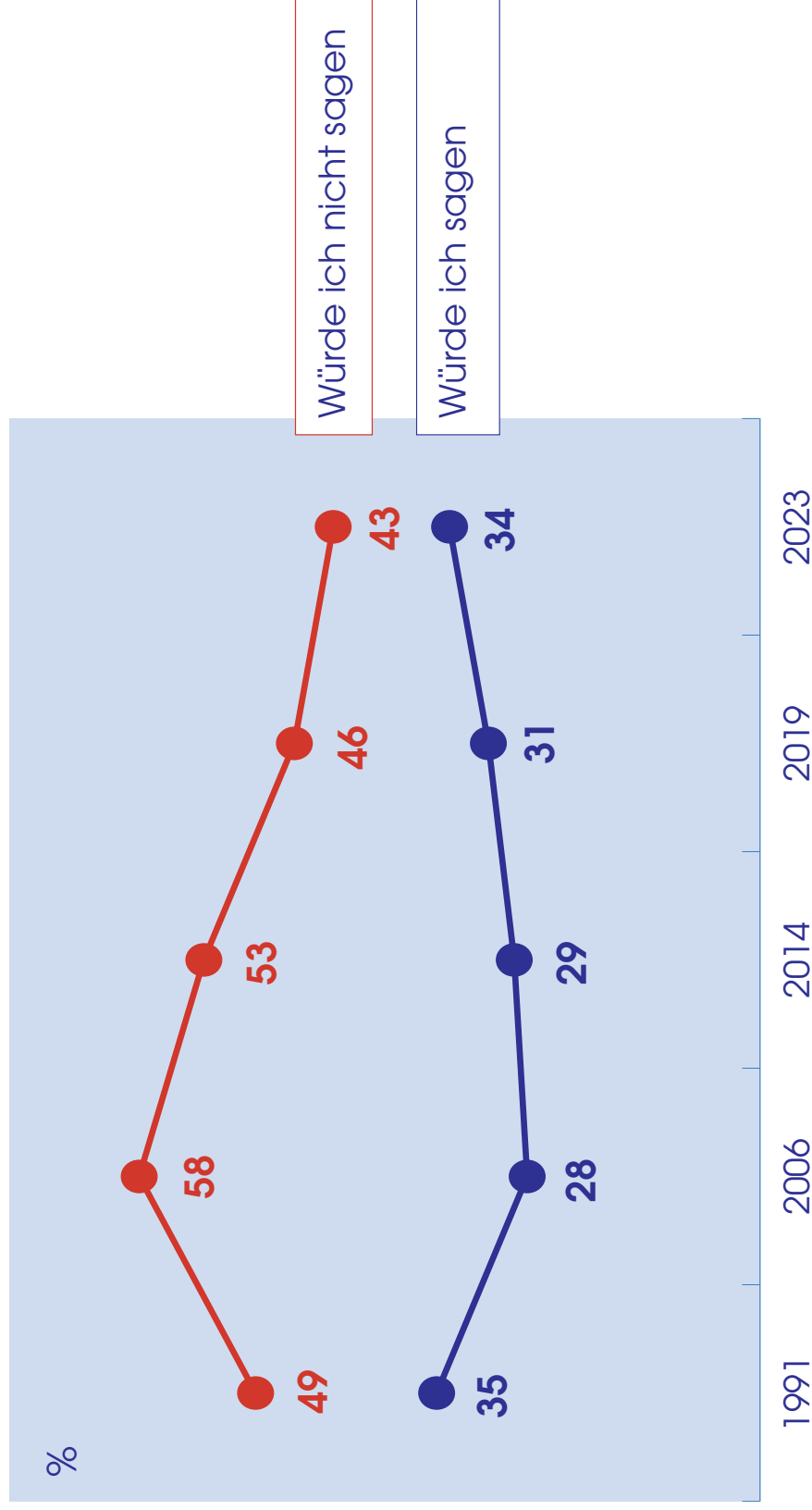
- Auswahl -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7093, 12078

# Besondere Verantwortung für das Schicksal Israels

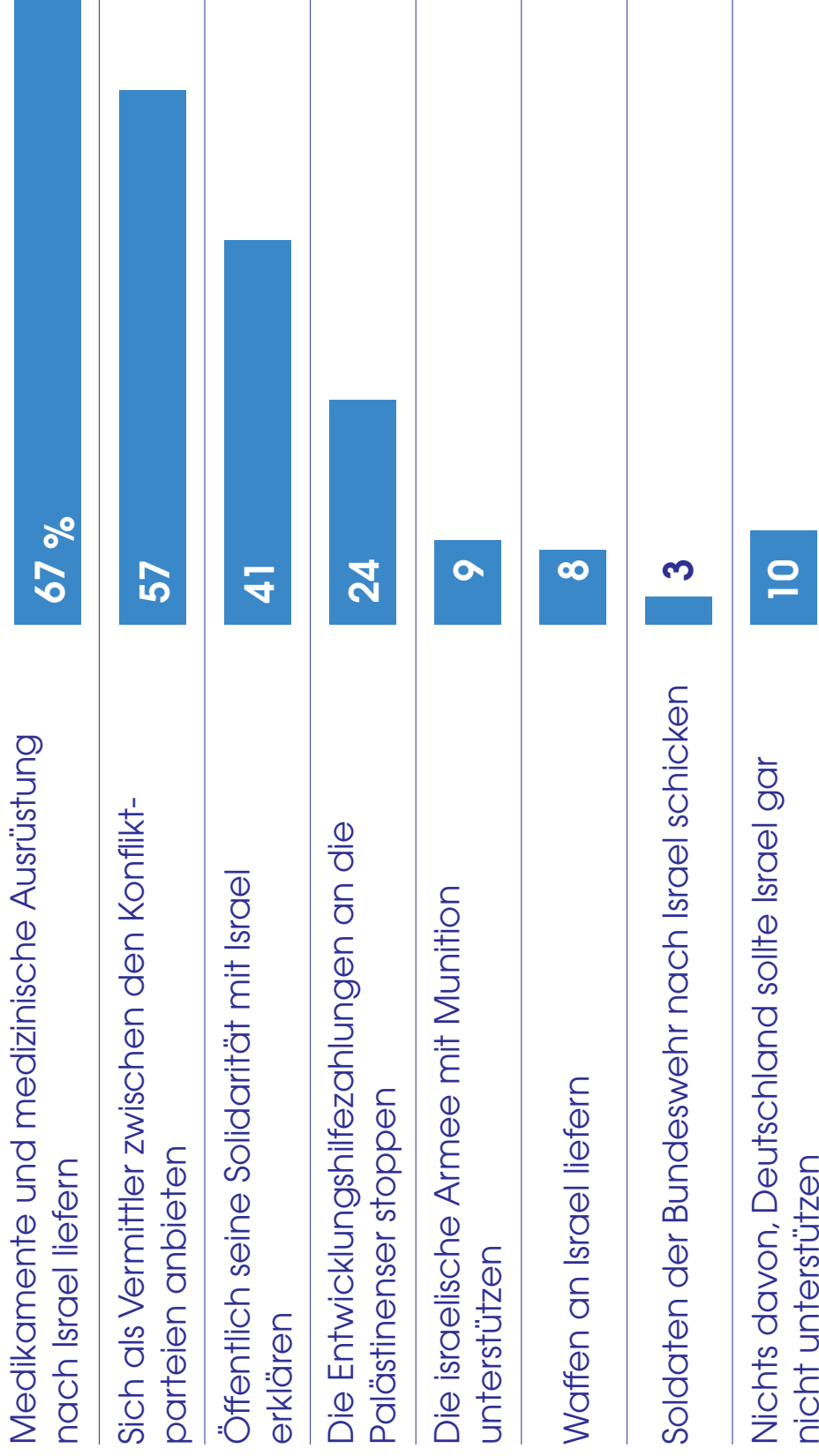
Frage: "Würden Sie sagen, Deutschland hat für das Schicksal Israels eine besondere Verantwortung, oder würden Sie das nicht sagen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12078

# Unterstützung primär für humanitäre und diplomatische Maßnahmen

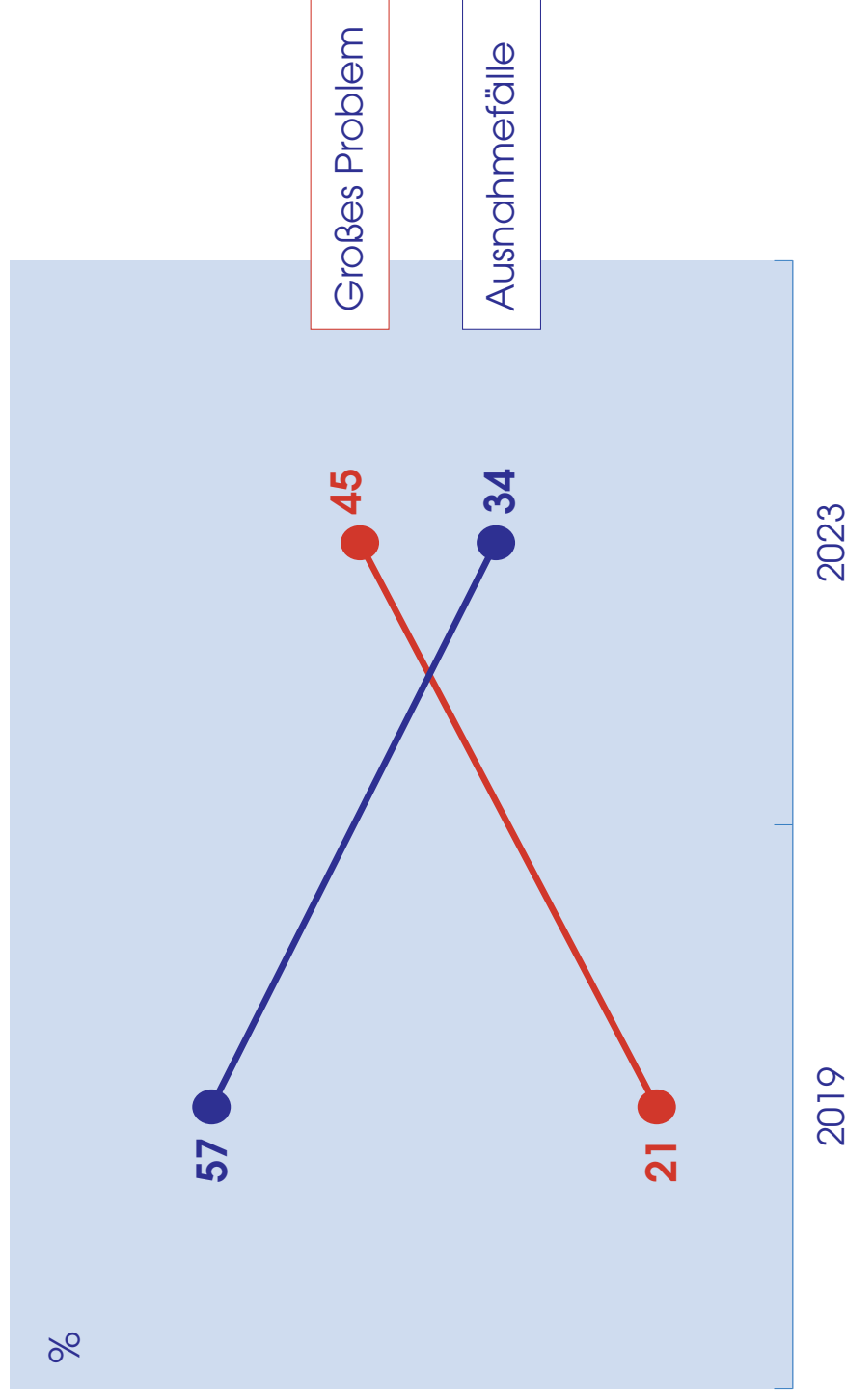
Frage: "Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, wie Deutschland Israel in dieser Situation unterstützen kann. Was würden Sie befürworten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12078

# Wachsende Besorgnis über antisemitische Tendenzen

Frage: "Was würden Sie sagen: Ist Antisemitismus, also Judenfeindlichkeit, heute bei uns in Deutschland ein großes Problem, oder sind das aus Ihrer Sicht nur Ausnahmefälle?"



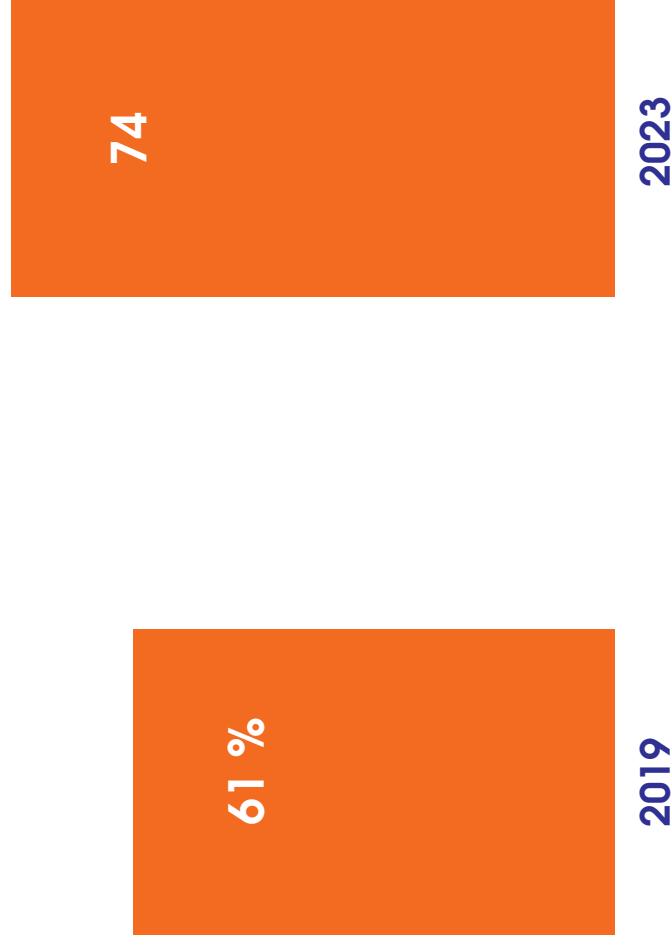
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12001, 12078



# Folgen der Zuwanderung

Frage: "Glauben Sie, dass es durch die Zuwanderung von Muslimen nach Deutschland häufiger zu antisemitischen Vorfällen bzw. Anfeindungen kommt, oder glauben Sie das nicht?"

**Es glauben, dass es durch die Zuwanderung von Muslimen häufiger zu antisemitischen Vorfällen kommt**



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12001, 12078

Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 273  
vom 23. November 2023, S. 8, unter dem Titel:

"Nicht an Israels Seite. Was denken die Deutschen  
über den Krieg gegen die Hamas?"

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

## Nicht an Israels Seite

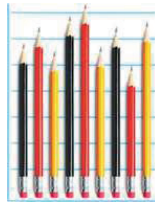
Der Krieg im Nahen Osten beunruhigt die große Mehrheit der Bevölkerung außerordentlich. 76 Prozent sind über die Situation besorgt, beim politisch interessierten Teil der Bevölkerung liegt der Anteil noch über diesem Durchschnitt. Gleichzeitig besteht jedoch kein Konsens bei der Bewertung des Konflikts und der Reaktion Israels auf den barbarischen Angriff der Hamas. Zwar ist vielen bewusst, dass Israel ein Land ist, das von steter Bedrohung geprägt ist. Die Ereignisse vom 7. Oktober haben diese Bedrohungslage auf grausame Weise ins Gedächtnis gerufen. Trotzdem gibt es nur begrenzte Unterstützung für Israels Reaktion. Die Bevölkerung ist in dieser Frage gespalten: 35 Prozent sehen es als das Recht Israels an, in den Gazastreifen einzumarschieren und hart gegen die Hamas vorzugehen, um die Sicherheit des eigenen Landes wiederherzustellen. 38 Prozent votieren dagegen für ein zurückhaltendes Vorgehen, um Opfer unter der palästinensischen Bevölkerung wie auch eine wachsende Unterstützung für die Hamas zu vermeiden. Diese Position wird vor allem von Frauen und der ostdeutschen Bevölkerung vertreten. 37 Prozent der Westdeutschen und 45 Prozent der Ostdeutschen votieren für ein militärisch zurückhaltendes Vorgehen Israels.

Die Reaktion der Bevölkerung ist damit wesentlich ambivalenter als die öffentliche Diskussion. 2006, als Israel im Kampf gegen die Hizbullah in Libanon einmarschierte, war das Verständnis in der Bevölkerung allerdings noch wesentlich geringer als heute. Damals hielten nur 21 Prozent Israels Reaktion auf die Raketenangriffe der Hizbullah für richtig, während 53 Prozent die Meinung vertraten, Israel hätte auf keinen Fall angreifen dürfen.

Die Haltung gegenüber Israel war 2006 kritischer als heute. Zwar war auch damals der Mehrheit der Bevölkerung die Bedrohungslage des Landes bewusst. Gleichzeitig kritisierte jedoch jeder Zweite, Israel habe zu wenig Verständnis für seine arabischen Nachbarn und halte zu Unrecht Gebiete besetzt. Knapp jeder Dritte unterstellte Israel sogar, dass es überhaupt keinen Frieden wolle. Dieser Vorwurf wird heute noch von 17 Prozent erhoben, gegenüber 31 Prozent zur Zeit des Libanon-Konflikts. Die Kritik, Israel habe zu wenig Verständnis für seine arabischen Nachbarn, ist von 50 auf 37 Prozent zurückgegangen, der Vorwurf, Israel halte zu Unrecht Gebiete besetzt, von 48 auf 38 Prozent. 44 Prozent kritisieren jedoch, Israel bemühe sich zu wenig, die Situation der Palästinenser zu verbessern. Dieser Vorwurf wird überdurchschnittlich vom politisch interessierten Teil der Bevölkerung erhoben.

Während insgesamt die Kritik an Israels Politik seit dem Libanon-Konflikt zurückgegangen ist, hat sich gegenläufig die Überzeugung verstärkt, dass Israel unsere besondere Unterstützung verdient. 2006 vertraten nur 22 Prozent diese Position, heute 32 Prozent. Das ist ein signifikanter Anstieg, aber gleichzeitig noch immer ein bemerkenswert geringer Anteil. Die große Mehrheit war zwar stets überzeugt, dass Deutschlands Beziehung zu Israel eine besondere sei und sein müsse. Nur eine Minderheit von 34 Prozent leitet daraus jedoch eine besondere Verantwortung für das Schicksal Israels ab. Das sind zwar mehr als 2006, aber dieser Wert befindet sich in der engen Bandbreite zwischen 28 und 35 Prozent, innerhalb derer er schon seit mehr als 30 Jahren schwankt.

Damit spricht wenig für die These, die Haltung zu Israel und die Akzeptanz einer besonderen Verantwortung Deutschlands werde durch die wachsende zeitliche Distanz zum Holocaust beeinträchtigt und erodiere damit fast zwangsläufig. Untersuchungen des Allensbacher Instituts aus den Fünfzigerjahren des 20. Jahrhunderts zur Bewertung des Nationalsozialismus und zu antisemitischen Positionen zeigen, dass diese in unmittelbarer zeitlicher Nähe noch re-



Was denken die Deutschen über den Krieg gegen die Hamas?

Von Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

lativ weit verbreitet waren. Das änderte sich erst sukzessive durch die Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit. Würde wachsende zeitliche Distanz die Einstellungen prägen, müssten sich die Generationen bei diesen Fragen signifikant unterscheiden. Das ist aber nicht der Fall. In der Altersgruppe über 60 Jahren sehen 33 Prozent in Israel ein Land, das unsere besondere Unterstützung verdient, in der unter 30 sind es 34 Prozent. Überdurchschnittlich vertreten die höheren sozialen Schichten und politisch interessierten Bevölkerungskreise diese Position, unterdurchschnittlich die ostdeutsche Bevölkerung. 35 Prozent der Westdeutschen und 21 Prozent der Ostdeutschen sehen eine besondere Verantwortung Deutschlands für das Schicksal Israels.

Diese Haltung prägt auch die Reaktion auf die Stellungnahme von Bundeskanzler Olaf Scholz, dass es in der aktuellen Lage für Deutschland nur einen Platz geben könne, den an der Seite Israels. 31 Prozent der Bevölkerung stimmen zu, während 43 Prozent dafür sind, sich aus diesem Konflikt weitgehend herauszuhalten. Die Trennlinie verläuft klar zwischen denjenigen, die Deutschland eine

besondere Verantwortung für das Schicksal Israels zuschreiben, und denen, die dem widersprechen. Überdurchschnittliche Unterstützung finde die Haltung des Bundeskanzlers in den höheren sozialen Schichten, unterdurchschnittliche bei der ostdeutschen Bevölkerung und politisch Desinteressierten. Nur 18 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung sehen Deutschlands Platz in der aktuellen Situation an der Seite Israels, 58 Prozent wünschen sich dagegen weitgehende Neutralität. Die Anhänger verschiedener Parteien reagieren teilweise unterschiedlich. Überdurchschnittlich stimmen die Anhänger der Grünen der Aussage des Bundeskanzlers zu, weitaus weniger die Anhänger der Linken und der AfD, die mehrheitlich fordern, sich aus diesem Konflikt ganz herauszuhalten. Nur 17 Prozent der Anhänger der Linken, 15 Prozent der AfD-Anhänger fordern Solidarität mit Israel.

Die deutsche Reaktion soll sich nach dem Wunsch eines großen Teils der Bevölkerung auf humanitäre Unterstützung und diplomatische Bemühungen konzentrieren. Zwei Drittel der Bevölkerung unterstützen medizinische Hilfslieferun-

gen, 57 Prozent das Angebot einer Vermittlerrolle zwischen den Kriegsparteien. Doch schon wenn es darum geht, Solidarität mit Israel auch nur zu bekunden, setzt sich die Neigung durch, möglichst nicht Partei zu ergreifen und sich aus dem Konflikt herauszuhalten: Nur 41 Prozent befürworten Solidaritätsbekundungen. Noch weniger Rückhalt finden Forderungen, Entwicklungshilfeforderungen an Palästinenser zu stoppen. Nur 24 Prozent hielten dies für richtig. Am wenigsten Unterstützung findet jegliche Art von militärischer Hilfe: Nur neun Prozent votieren für die Lieferung von Munition, acht Prozent für Waffenlieferungen. Eine Unterstützung durch die Bundeswehr befürworten gerade drei Prozent.

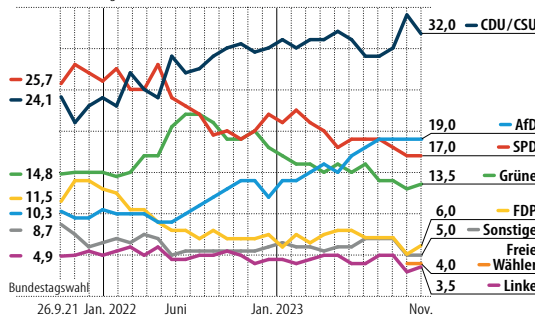
Selbst diejenigen, die eine besondere Verantwortung Deutschlands für Israels Schicksal sehen, wünschen keine direkte militärische Unterstützung für Israel. Ähnlich fielen 2006 die Reaktionen auf den Libanonkrieg aus: Die Mehrheit votierte ausschließlich für diplomatische Bemühungen, 31 Prozent für völlige Neutralität. Die Beteiligung an der Friedenstruppe der UN hielten nur 13 Prozent für richtig. Die Beteiligung durch die Deutsche Marine daran fand jedoch in der Bevölkerung letztlich keine große Beachtung und wurde auch nie zum kontroversen Thema. Wenn die Bevölkerung keine akute Bedrohung für das eigene Land fürchtet, ist es immer schwierig, Unterstützung für militärische Hilfe zu finden. Das zeigt auch die Haltung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten. Keiner hatte den Rückhalt der Mehrheit der Bevölkerung. Gleichzeitig toleriert sie solche Einsätze im Allgemeinen. Sicherheitspolitische Fragen lassen sich nicht durch Plebiszite entscheiden, sondern liegen in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger.

Nicht nur die Reaktion auf das Vorgehen Israels spaltet die Bevölkerung, sondern auch die auf die antisraelischen Demonstrationen in Deutschland. Zwar beunruhigen diese Vorkommnisse die Bürger zunehmend. Bis vor Kurzem hielt die Mehrheit Antisemitismus in Deutschland für quantitativ vernachlässigbar. Im Jahr 2019 sah nur jeder Fünfte darin ein großes Problem, nun sind es 45 Prozent. Nur noch jeder Dritte glaubt, dass es sich um Ausnahmefälle handelt. Vor allem politisch Interessierte schätzen das Problem als gravierend ein. Auch hier treten deutliche Unterschiede zwischen Ost und West auf: In Westdeutschland hält knapp die Hälfte der Bevölkerung Antisemitismus für ein großes Problem, in Ostdeutschland nur gut jeder Dritte.

Einigkeit besteht zwischen Ost und West, dass es durch die Einwanderung von Muslimen häufiger zu antisemitischen Vorfällen kommt. 74 Prozent der Bevölkerung sind davon überzeugt. Auch die antiisraelischen Demonstrationen machen deutlich, dass sich die Spannungen zwischen muslimisch geprägten Staaten und Israel verstärkt in Deutschland entladen. Die Bevölkerung ist jedoch gespalten in der Frage, wie mit solchen Demonstrationen umgegangen werden sollte. 44 Prozent votieren dafür, Demonstrationen zu unterbinden, die den brutalen Angriff der Hamas feiern und gegen Israel hetzen. 41 Prozent halten dagegen die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit für das höhere Gut und argumentieren, dass auch schwer erträgliche Meinungsäußerungen und Demonstrationen zugelassen werden müssten, solange keine Straftatbestände vorliegen. Diese Position wird überdurchschnittlich von der jüngeren Generation, von der ostdeutschen Bevölkerung und den Anhängern der Linken vertreten, spaltet aber letztlich die Anhänger der verschiedenen Parteien genau so wie die Generationen. Eine freie Gesellschaft tut sich schwer, Grenzen zu definieren, was sie zulassen und was sie unterbinden will. Umso wichtiger ist die gesellschaftliche Debatte über diese Fragen.

### Die Stärke der Parteien

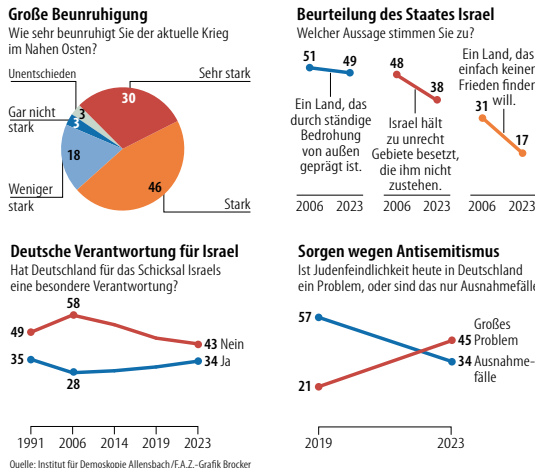
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 3. bis 16.11.2023, 1047 Befragte, gerundete Angaben. FA.Z.-Grafik für.

### Haltung zum Nahostkonflikt

Angaben in Prozent



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/FA.Z.-Grafik Brocker